

Die Linke Ratsgruppe Remscheid

Gruppe Die Linke im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon: 0 21 91/951 36 82
Fax: 0 21 91/951 37 31
Email: fraktion@dielinke-remscheid.de
Internet: www.dielinke-remscheid.de



Mittwoch, 22. Januar 2025

Anfrage der Ratsgruppe

Kommunale Steuer auf Einwegverpackungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,
sehr geehrte Frau Kreimendahl,

die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Bürgerservice und Ordnung am 04.02.25 und des Rats am 13.02.25 zu setzen und beantworten zu lassen:

Im August 2023 stellte die Fraktion Die Linke mit der Drucksache 16/4770 einen Prüfantrag zur Einführung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen nach dem Vorbild Tübingens. Im entsprechenden Ausschuss für Bürgerservice und Ordnung am 26.09.23 teilte die Verwaltung mit, dass sie die Einführung einer solchen Steuer als sinnvoll erachtet und gerne mit den Nachbarkommunen Solingen und Wuppertal ein gemeinsames Vorgehen bei dem Thema erarbeiten würde – sobald eine Klage eines Fast-Food-Unternehmens gegen die Steuer positiv im Sinne der Stadt Tübingen abgeschlossen wurde. Daher haben wir den Antrag damals zurückgezogen. Nun erklärte das Bundesverfassungsgericht die Steuer auf Einwegverpackungen endgültig für zulässig! Daher ergeben sich uns folgende Fragen:

1. Prüft die Verwaltung nun die Einführung einer solchen Steuer? Oder muss der Antrag neu gestellt werden?
2. Hat die Verwaltung bereits ein gemeinsames Vorgehen mit den angesprochenen Nachbarstädten besprochen oder sogar erarbeitet?
3. Welche Auswirkungen hatte die Steuer auf die Stadt Tübingen?

Begründung

„Eine kommunale Verpackungssteuer kann einen Anreiz schaffen, häufiger auf Mehrweggeschirr zurückzugreifen. Sie kann ein wirksames Instrument gegen Littering in den Städten sein. Wir müssen die Wegwerfkultur stoppen.“

Der Aufwand der Städte für die großen Mengen an achtlos weggeworfene Einwegverpackungen wird mehr und mehr. Mit den Einnahmen aus der Verpackungssteuer können diese hohen Reinigungskosten ein Stück weit abgedeckt werden. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes haben die Städte mehr Planungssicherheit. Wir rechnen damit, dass jetzt mehr Städte eine Verpackungssteuer lokal einführen werden.“¹

Mit diesen Worten äußerte sich der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags Helmut Dedy zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 22.01.25.

Bundesweit feiern Organisationen die Entscheidung des Gerichts und fordern Kommunen auf dem Vorbild Tübingens nachzukommen, um der Müllproblematik Herr zu werden. Denn diese wird immer sichtbarer und schlimmer – auch in Remscheid.

An vielen Stellen im Stadtgebiet gehört herumfliegender Verpackungsmüll leider zum alltäglichen Anblick. Dies ist nicht nur ökologisch sehr bedenklich, sondern verschandelt auch das Stadtbild und sorgt für Unwohlsein. Besonders im Bereich um Schnellrestaurants oder beliebten Verzehrpunkten, wie Parks, Parkplätzen oder Bahnhöfen, gibt es häufig Beschwerden.

Grundsätzlich plädiert unsere Fraktion dem Problem mit mehr und einfacheren Angeboten zur fachgerechten Müllentsorgung, höher frequentierten Leerungen und Säuberungen sowie mehr Präventionsarbeit und bewusstseinsfördernden Maßnahmen Herr zu werden, doch auch solche Maßnahmen stoßen ab einem gewissen Punkt an ihre Grenzen. Auch eine konsequente Ahndung findet in Remscheid kaum statt. 2022 wurden nur 17 Ordnungswidrigkeiten wegen kleinerer Abfalldelikte eingeleitet und gerade mal 464 Euro eingenommen.

Daher erachten wir die Einführung einer solchen Steuer als sinnvolles Instrument, mit dem Tübingen gute Erfahrungen gemacht hat und fordern eine intensive Prüfung zur Einführung für Remscheid!

Mit freundlichen Grüßen

Gez.:

Peter Lange
(Gruppensprecher)

Colin Cyrus
(Geschäftsführer)

¹ <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2025/verpackungssteuer-verfassungsgemaess-wichtige-entscheidung-fuer-staedte>